

Simon Goebel

Einmischen! Aber wie? Migrationsforschung zwischen Wissenschaftskommunikation, kritischer Politikbegleitung und Politikberatung

Zusammenfassung

Der Beitrag folgt der Annahme, dass Migrationspolitiken mit defizit- und problemorientierten Migrationsdiskursen verwoben sind. Die Kritik an vorherrschenden Migrationspolitiken müsste aus Sicht einer kritischen Migrationsforschung also auch an der Kritik dominanter Migrationsdiskurse ansetzen. Im Folgenden wird untersucht, inwiefern der hiesigen Migrationsforschung eine Einmischung in politische, mediale und gesellschaftliche Öffentlichkeiten möglich ist bzw. wie diese wirkmächtig sein kann. Einmischung im Sinne verschiedener Spielarten der Wissenschaftskommunikation wird exemplarisch anhand der Arbeit dreier Akteure reflektiert: Annette Treibel, Klaus J. Bade und Gerald Knaus, die sich auf sehr unterschiedliche Weise in den öffentlichen Diskurs eingemischt haben. Es geht darum, aus diesen Beispielen zu lernen. Im Ergebnis zeigt der Beitrag, dass Wissenschaftskommunikation gründlich vorbereitet werden muss. (Kritische) Migrationsforscher*innen sollten sich – so das Plädoyer – trotz aller Risiken einmischen.

Schlagwörter

Migrationsforschung, Wissenschaftskommunikation, Kritik, Politik, Beratung

Dr. Simon Goebel

Zentrum Flucht und Migration, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Zeitschrift für Migrationsforschung / Journal of Migration Research 2021 1 (2),

DOI: <https://doi.org/10.48439/zmf.v1i2.110>

Online First, veröffentlicht: 2.2.2021

Interfere! But how? Migration Research between Science Communication, Critical Policy Monitoring and Policy Advice

Abstract

The paper assumes that migration policies are interwoven with deficit- and problem-oriented migration discourses. From the perspective of critical migration research, the criticism of prevalent migration policies should therefore also be based on the criticism of dominant migration discourses. In the following, I study the extent to which local migration research is able to intervene in political, media and social public spheres and how this can be effective. Interference in the sense of different varieties of science communication is reflected exemplarily by the work of three actors: Annette Treibel, Klaus J. Bade and Gerald Knaus, who have interfered in the public discourse in very different ways. The point is to learn from these examples. As a result, the article shows that science communication needs to be thoroughly prepared. (Critical) migration researchers should – so the plea – interfere despite all risks.

Keywords

Migration research, science communication, criticism, policy, counselling

* * * * *

1 Einmischen als genuines Interesse einer kritischen Migrationsforschung

Verschiedene frühere und gegenwärtige Migrationspolitiken führten bzw. führen zu diversen Formen von Gewalt. Die Gewalt richtet sich gegen Menschen, welche aus unterschiedlichen Gründen nationalstaatliche Grenzen überschritten haben. Betroffen sind beispielsweise jene Illegalisierten, die in Europa um Asyl ersuchen möchten. Zehntausende Menschen sind in den letzten Jahrzehnten im Mittelmeer gestorben. An den EU-Außengrenzen werden Menschen durch Grenzschutzeinheiten davon abgehalten, europäischen Boden zu betreten; Seenotrettung wurde vielfach unterlassen und verhindert (vgl. Klepp 2011). Von denen, die es geschafft haben, nach Europa zu gelangen, stranden viele in zermürbenden und unmenschlichen Lagern, in denen sie täglich um ihr Überleben und ihre Würde kämpfen müssen (vgl. Hänsel 2019). Aber auch Menschen, die als Migrant*innen rechtlich hierar-

chisiert oder im Alltag rassifiziert werden, erleben Gewalt in Form von Benachteiligung, Rassismus und Diskriminierung. Welche Migrationspolitik ist hierfür verantwortlich zu machen? Weder die EU-Migrationspolitik noch die Migrationspolitiken einzelner EU-Mitgliedstaaten sind konvergent. Wie jede Politik ist auch Migrationspolitik ein Aushandlungsprozess verschiedener Interessen. Ich gehe allerdings davon aus, dass diese Migrationspolitiken auf vier miteinander verwobenen, dominanten Diskurssträngen basieren, die ihre Legitimationsgrundlage bilden: 1. Migrationspolitik ist ökonomistisch ausgerichtet. Kosten-Nutzen-Kalküle dominieren die Zuwanderungspolitiken (vgl. Rüzgar und Schaft 2014). 2. Migrationspolitiken folgen einer (neo-)rassistischen Ideologie, die das eigene ›Volk‹ natio-ethno-kulturell imaginiert und gegenüber in diesem Sinne Nicht-Zugehörigen bevorzugt und bevorrechtigt (vgl. Hall 2016 [1994]). 3. Die Norm der Sesshaftigkeit führt dazu, dass Migration als Abweichung von dieser Norm begriffen wird. Dadurch bearbeiten Migrationspolitiken Migration zuallererst als Bedrohung für das vermeintlich Eigene. Die Folge ist ein versicherheitlichtes Grenzregime (vgl. Leimgruber 2016). 4. Trotz allem rühmen sich die EU und Deutschland gebetsmühlenartig einer humanistischen Tradition und des Einsatzes für die Menschenrechte.

Nun kommt die Migrationsforschung ins Spiel, die ebenso wenig wie Migrationspolitik konvergent ist. Ich schreibe aus der Warte einer kritischen Migrationsforschung. Sie zeichnet sich durch einen Impetus aus, der den Zusammenhang zwischen sozialer (auch globaler) Ungleichheit bzw. ihren Folgen und »migrationsgesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen« (Mecheril et al. 2013, S. 48) – dazu zählen Migrationspolitiken – erkennt und für die Ermöglichung einer gerechten, würdevollen und selbstbestimmten Lebensweise eintritt. Kritisieren bedeutet sich artikulieren, die Kritik dorthin zu tragen, wo sie möglicherweise eine progressive Wirkung erzielen kann. Damit ist es ein genuines Interesse der kritischen Migrationsforschung, sich in den öffentlichen und politischen Diskurs einzumischen.

In diesem Beitrag will ich die Möglichkeiten und Wirkungen von Migrationsforschung auf Migrationspolitik reflektieren, um daraus für eine öffentlich und politisch wirksame kritische Migrationsforschung zu lernen.¹ Dazu diskutiere ich die Methoden und Folgen von Einmischung am Beispiel dreier Personen, die sich mehr oder weniger erfolgreich in politische und mediale Diskurse im Kontext von Migration eingemischt haben. Erstens betrachte ich die klassische Wissenschaftskommunikation infolge der Veröffentlichung des populärwissenschaftlichen Buches ›Integriert euch! Plädoyer für ein selbst-

¹ Der Beitrag ergänzt und erweitert Überlegungen zur Rolle von Wissenschaftler*innen in politischen Talkshows über Flucht (vgl. Goebel 2018).

bewusstes Einwanderungsland« der Migrationsforscherin *Annette Treibel* (2015). Zweitens gehe ich auf die Arbeit von *Klaus J. Bade* ein, der als einer der renommiertesten deutschen Migrationsforscher seit Jahrzehnten nicht nur forscht, sondern Wissenschaftskommunikation insbesondere in Form von kritischer Politikbegleitung und Politikberatung betreibt. Drittens beleuchte ich die Arbeit von *Gerald Knaus*, Leiter des Think Tanks »European Stability Initiative« (ESI), der seit 2016 ebenso bekannt wie umstritten ist. Seine Politikberatung war eine Grundlage für die »EU-Türkei-Erklärung« vom 18. März 2016. Die Arbeit der drei Personen eignet sich in besonderer Weise als Anschauungsmaterial. Alle drei reflektieren ihre eigene Wissenschaftskommunikation², insbesondere ihre Wirksamkeit, öffentlich und liefern dadurch selbst zentrale Anknüpfungspunkte für die Fragestellung – Bade und Treibel im Rahmen ihrer Publikationen (vgl. Bade 2017; 2002; Treibel 2018), Knaus in auf Youtube zugänglichen Videos (vgl. u.a. Jung 2018). Vor allem aber stehen sie – das zeigt sich im Folgenden – für eine große Bandbreite an unterschiedlichen Formen von Wissenschaftskommunikation mit Blick auf Adressat*innen, Methoden, Zielsetzungen, Wirksamkeit und Zeithorizonte.

Im Folgenden wird also beleuchtet, inwiefern der hiesigen Migrationsforschung eine Einmischung in politische, mediale und gesellschaftliche Öffentlichkeiten möglich ist bzw. wie diese wirkmächtig sein kann. Der Beitrag gliedert sich entlang der drei Akteur*innen und folgt nicht einem streng wissenschaftlichen, sondern teilweise auch einem essayistischen Duktus. Dementsprechend begleiten theoretische Überlegungen den Text lediglich heuristisch durch die Bezugnahme auf Arbeiten über Wissenschaftskommunikation.

² Unter klassischer Wissenschaftskommunikation verstehe ich im Folgenden jene Form der Wissenschaftskommunikation, die über Artikulation in Medien eine breite Öffentlichkeit adressiert. Diese grenze ich von Formen der Wissenschaftskommunikation ab, die als kritische Politikbegleitung und Politikberatung neben einer breiten Öffentlichkeit vor allem Politik adressieren, um unmittelbarer auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen (siehe auch das Fazit des Beitrags). Wissenschaftskommunikation als Überbegriff für alle drei betrachteten Fälle wird hier zudem unter dem Vorbehalt verwendet, dass es sich im Falle der Politikberatung von Gerald Knaus möglicherweise nicht um originäre Wissenschaftskommunikation handelt, da er nicht aus einer wissenschaftlichen Institution heraus agiert. Zwar verstehen sich die Mitarbeitenden seines Think Tanks auch als Forschende, gleichwohl unterscheiden sich Arbeitsweise und Zielsetzung eines Think Tanks von jener der Hochschulen.

2 Annette Treibel: Klassische Wissenschaftskommunikation

Annette Treibel, Soziologin und Migrationsforscherin, veröffentlichte 2015 ihr Buch ›Integriert euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland‹. Mit dem Buch verfolgte sie das Ziel, den wissenschaftlich in Misskredit geratenen Integrationsbegriff für die politische Praxis umzudeuten in »*Integration als Projekt für alle*« (Treibel 2018, S. 131, Herv. i.O.) und ihn damit zu rehabilitieren. Im Anschluss an ihre Veröffentlichung betrieb sie intensiv klassische Wissenschaftskommunikation, die sie 2018 in einem Beitrag für den Sammelband ›Öffentliche Gesellschaftswissenschaften‹, den sie selbst mitherausgegeben hat, reflektierte.

Wissenschaftskommunikation ist die Vermittlung und Übersetzung von Forschung in nicht-wissenschaftliche Bereiche, welche häufig recht allgemein mit ›Öffentlichkeit‹ (vgl. Herrmann-Giovanelli 2013; BMBF 2019) gleichgesetzt werden. Diese Öffentlichkeit soll durch Vertrauen in und Akzeptanz für die Wissenschaft zugänglicher für wissenschaftliches Wissen gemacht werden. Davon versprechen sich Befürworter*innen von Wissenschaftskommunikation sachlichere und faktenbasierte Aushandlungen relevanter Themen in öffentlichen Debatten.

Die Veröffentlichung von Treibels Buch fiel in eine Zeit, in der tagtäglich in sämtlichen Medien über Migration, insbesondere über Flucht und Geflüchtete, berichtet wurde. Die Medien konnten ihre »Nachfrage nach ExpertInnen, die etwas zu diesem Thema zu sagen hatten, kaum befriedigen« (Treibel 2018, S. 120). Für Treibel war das Anlass und Möglichkeit für zahlreiche Medienauftritte und Vorträge vor nichtakademischem Publikum. Sie beschreibt sich als bis dahin wenig vertraut mit der Rolle als öffentliche Expertin (vgl. ebd., S. 121, 128f.), was in ihrer geschilderten Erfahrung des Kontrollverlusts zum Ausdruck kommt, den sie so nicht vorhergesehen habe. Den Kontrollverlust erlebte sie insbesondere als »Einbuße an Souveränität« und »Definitionsmacht« (ebd.) – beruhend auf dem Kontrast zwischen ihrer wissenschaftlichen Arbeitsweise, dem Ringen um jede Formulierung und der journalistischen Arbeitsweise, wo die Generierung von Aufmerksamkeit häufig im Vordergrund stehe.

Treibel intendierte mit ihrem Buch ›Integriert euch!‹ einen Appell gerade an jene »einwanderungsskeptische und ausländerfeindliche Milieus« (ebd., S. 139), die sie nicht erreichte. Sie erklärt das damit, dass »in diesen Milieus [...] keine Bücher gelesen [werden], zumindest keine, die einen irritieren könnten. Man möchte nicht irritiert werden, sondern sich erregen« (ebd.). Dementsprechend sei ihre »Botschaft für eine noch breitere Resonanz immer noch zu komplex« (ebd., S. 130) bzw. im eigenen Milieu verhaftet. Diese Ein-

ordnung ist äußerst relevant für die Frage, welche Wirkung Wissenschaftskommunikation erzielen soll. Treibel will offenbar Menschen überzeugen, die anderer Meinung sind als sie selbst. Aus Sicht der Psychologie ist dieses Ziel ein sehr hoch gestecktes. Denn insbesondere politische Einstellungen ändern sich nicht einfach durch die Lektüre gut argumentierter Positionen – im Übrigen auch nicht einfach in Folge einer Komplexitätsreduktion, wie Treibel annimmt. Politische Einstellungen sind relativ stabil und Einstellungsänderungen sind von zahlreichen Faktoren abhängig (vgl. Vogel und Wänke 2016, S. 3f.). Im besten Fall vermag eine breite mediale Resonanz durch Wissenschaftskommunikation, wie sie bei Treibel erfolgte, den öffentlichen Diskurs insgesamt in einer Weise zu ergänzen, der unter Umständen langfristige Auswirkungen auf die Einstellungen Einzelner und auf politische Entscheidungsträger hat (vgl. Bendel und Haase 2010, S. 326).

Treibel geht zudem auf die massiven persönlichen, rassistischen und sexistischen Reaktionen ein, mit denen sie infolge einer dpa-Meldung rund ein Jahr nach Veröffentlichung ihres Buches konfrontiert wurde (vgl. Treibel 2018, S. 132–136, 143): »Wer sich als Wissenschaftler öffentlich äußert, wird in den sozialen Medien als Wissenschaftler öffentlich diskreditiert« (ebd., S. 140).³ Damit konstatiert Treibel ein Dilemma, das darin besteht, Wissenschaftskommunikation für notwendig zu erachten, aber ihre möglichen negativen Folgewirkungen zu scheuen. Die Notwendigkeit von Wissenschaftskommunikation resultiert nicht in erster Linie aus den Erwartungen der Drittmittelgeber (vgl. BMBF 2019), sondern idealiter aus einer gesellschaftlichen Verantwortung, die Pierre Bourdieu (1998) prägnant anmahnte. Demnach seien Wissenschaftler*innen »wie Husserl sagte, ›Beamte der Menschheit‹, vom Staat bezahlt, um etwas aus dem Bereich der Natur oder der Gesellschaft ans Licht zu bringen« und es gehöre zu ihren »Verpflichtungen, das Entdeckte offenzulegen« (Bourdieu, S. 18). In diesem Sinne verfolgt Wissenschaftskommunikation ein hehres Ziel. Insbesondere konfliktträchtige Themen wie Migration bedürfen der – daran lässt Treibel keinen Zweifel – Einmischung durch wissenschaftliche Expert*innen.⁴ Es sei wichtig, »sich [in öffentlichen Debatten] verständlich und differenziert zu äußern« (Treibel 2018, S. 138).⁵ Treibel schildert einige Erfahrungen, die sie mit den Medien als

³ Zu persönlich diffamierenden Reaktionen gegen Migrationsforscher*innen vgl. auch Goebel (2018, S. 211).

⁴ Abgesehen davon dient Wissenschaftskommunikation auch der (notwendigen) Selbstvermarktung und wird verstärkt gefordert – basiert also nunmehr nicht nur auf Freiwilligkeit. Der Transfer-Gedanke wird zu einem ›Anreiz‹ im Fördersystem (vgl. BMBF 2019).

⁵ Weil ich es für keine allzu große Erkenntnis halte, dass Wissenschaftskommunikation eine sprachliche Übersetzungsleistung bedeutet, seien die Mahnungen an die Wissenschaft, verständlich zu schreiben (vgl. Patzelt 2018, S. 16; Bade 2017, S. 19; Renn 2017, S. 197), hier

Transporteure wissenschaftlicher Erkenntnisse gesammelt hat. Demnach benötige man »Botschaften, die für eine breitere Öffentlichkeit neu, im besten Fall spektakulär und griffig sind. So funktioniert das Geschäft: Botschaften zur Normalität sind langweilig und erzeugen keine Aufmerksamkeit.« (Treibel 2018, S. 139f., 142). Die Beteiligung am Aushandlungsprozess sei maßgeblich von den Medien bzw. den Journalist*innen abhängig, mit denen man zusammenarbeitet. Treibel betont, dass die »Definitionsmacht [...] mehrheitlich bei den Medien selbst« bleibt (Treibel 2018, S. 141). Und der Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt⁶ geht gar so weit zu sagen, dass als »wissenschaftliche Autorität« angesehen wird, »wer die Ansichten oder Vermutungen von Journalisten weitgehend bestätigt – nur eben systematischer, eloquenter und gestützt auf mehr Fachmannswissen, als es Medienleuten verfügbar ist« (Patzelt 2018, S. 16). Dazu kommen die Sachzwänge des ebenfalls unter Ökonomisierung leidenden Mediensystems, in dem zu Gunsten der Auflage und Reichweite doch eher das Provokative, Polemische und Polarisierende publiziert wird als das oft beschwerliche Wissenschaftliche (vgl. Klimmt und Sowka 2013, S. 310f.). Zentral sind also die Übersetzungsleistung und die Frage, ob Forscher*innen die Vereinfachung ihrer Sprache und die Reduktion von Komplexität zugunsten eines verbesserten öffentlichen Zugangs in Kauf nehmen wollen.

3 Klaus J. Bade:

Kritische Politikbegleitung und Politikberatung

Der Historiker Klaus J. Bade ist unzweifelhaft ein – wenn nicht *der* – Vorreiter der Migrationsforschung in Deutschland. In seinem 2017 erschienenen Buch »Migration. Flucht. Integration. Kritische Politikbegleitung von der ›Gastarbeiterfrage‹ bis zur ›Flüchtlingskrise‹« zeichnet er seinen migrationswissenschaftlichen und migrationspolitischen Werdegang nach. Das Buch ist ungemain erkenntnisreich, da Bade vielfältige politische Entwicklungen und Verstrickungen zwischen wissenschaftlichen und politischen Akteur*innen und Institutionen detailliert rekapituliert. Bade begann in den 1980er Jahren »im Bereich von Migrations- und Integrationspolitik mit Anregungen und

lediglich in einem prägnanten Zitat deutlich gemacht. Der Politikberater Gerald Knaus, dessen Wirken im Folgenden noch behandelt wird, sagte in einem Interview, man dürfe »sich nicht in akademische Fachausdrücke, hinter komplizierten Formulierungen verstecken. [...] wir schreiben für einen intelligenten 15-Jährigen« (ZeitOnline 2016: 00:01:36).

⁶ Patzelt war medial häufig vertreten, als Pegida auf der Bildfläche erschien und zu einer mitgliederstarken Bewegung heranwuchs. Er wurde stark dafür kritisiert, dass er den Dialog mit Pegida öffentlich verfochten hat, war aber einer der meistgefragten Interviewpartner in Print, Rundfunk und Fernsehen.

Kritik gegenüber Politik, Verbänden und Stiftungen wirksam zu werden« (Bade 2017, S. 18). Er versteht sich als Politikberater und kritischer Politikbegleiter. Den Unterschied sieht er im Adressaten. Während Politikberatung direkt politische Akteure adressiert, soll kritische Politikbegleitung »über die Medien [...] eine für Politik und weitere Öffentlichkeit erträgliche Verbindung zwischen wissenschaftlicher Fundierung und menschenfreundlicher Prosa« herstellen (vgl. ebd.). Medienberichterstattung könne mehr bewegen als Forschungsliteratur. Dabei gehe es nicht nur um die Information der Öffentlichkeit, sondern auch um den Aufbau von »Handlungsdruck« (vgl. ebd.). So sieht Bade den »Unterschied zur direkten Politikberatung [...] in dem für kritische Politikbegleitung nötigen Abstand zur Politik; denn Distanz zur Politik ist die Voraussetzung ihrer Kontrolle« (ebd.). Gleichwohl könne es zu Überschneidungen kommen – eine Feststellung, die offenbar aus Bades eigener Erfahrung resultiert.

1994 initiierte Bade das »Manifest der 60«, in dem sich 60 Wissenschaftler*innen gegen die von ihnen konstatierte »anhaltende politische Erkenntnisverweigerung im Einwanderungsland wider Willen, politische Ratlosigkeit bei steigendem Zuwanderungsdruck, Bürgerangst und Explosion der Gewalt in den blutigen Exzessen der frühen 1990er Jahre« (ebd., S. 29) wandten und neben der migrationspolitischen Analyse auch konkrete Handlungsempfehlungen formulierten (vgl. Bade 1994, S. 13–65). Bade berichtet von einer »breiten Resonanz« des Manifests in der medialen Öffentlichkeit, allerdings »wurde es in der politischen Diskussion, von wenigen Ausnahmen abgesehen, angestrengt überhört« (Bade 2017, S. 32).

Bade blieb weiter damit beschäftigt, sein umfangreiches wissenschaftliches Netzwerk zu nutzen, um migrationswissenschaftliche Erkenntnisse in Form von migrationspolitischen Positionen öffentlichkeitswirksam und damit politikbegleitend zu kommunizieren. Er initiierte 1997 den später als »Rat für Migration« (RfM) bekannten Zusammenschluss von Migrationsforscher*innen mit dem Ziel, kritische Politikbegleitung zu organisieren (vgl. ebd., S. 41). Ein solcher Zusammenschluss würde durch seine institutionelle und personelle Breite politischen Positionierungen und Forderungen durch »Öffentlichkeitsarbeit« und »kommunikationsstrategische Überlegungen« (ebd., S. 43) besonderen Nachdruck verleihen können. Konkret traten die Mitglieder u.a. durch Beiträge und Interviews in den Medien in Erscheinung (vgl. ebd., S. 48). 2008 wurde unter Bades Vorsitz der »Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration« (SVR) gegründet. Damit wurde das kritisch politikbegleitende Gremium des RfM durch ein Gremium ergänzt, dessen Aufgabe die Politikberatung sein sollte (vgl. ebd., S. 51). Spannend ist dabei, dass die Überlegung, den »zwar in der Spitze aktiver geführte[n], aber als Verband dahindämmernde[n] und überalterte[n] Rat

[für Migration, Anm. d. Verf.]« (ebd.) aufzulösen, u.a. an der Befürchtung scheiterte, der SVR könne nicht »so unabhängig und kritisch bleiben [...], wie er gedacht war« (ebd.). Mit der Politikberatung entsteht demnach eine Nähe zur Politik, die sich nachteilig auf das kritische Potenzial auswirken kann.

Ein ausschlaggebendes Moment der Gründung solcher Räte, Zusammenschlüsse und Netzwerke besteht in dem Versuch, eine Artikulationsfähigkeit in der medialen und politischen Öffentlichkeit herzustellen. Dieses Bemühen um Hörbarkeit migrationswissenschaftlichen Wissens resultiert aus der Erfahrung, dass einschlägige mediale und politische Diskurse den Fachdiskursen oftmals völlig entgegenstehen. Dies bestätigt beispielsweise Rita Süßmuth (2011), die u.a. als Vorsitzende der ›Unabhängigen Kommission Zuwanderung‹ (UKZu) in den Jahren 2000 und 2001 einschlägige Erfahrungen gemacht hat. Sie betrachtet Forschung als »unverzichtbar für die politischen Entscheider« (Süssmuth 2011, S. 176), problematisiert aber, dass »der aus der Forschung gewonnene Erkenntnis- und Wissensstand [...] Politik und Gesellschaft oft gar nicht oder viel zu langsam« erreicht (ebd.). Dies, so Süßmuth, sei dem Verschulden beider Seiten zuzurechnen: Der Wissenschaft genüge es, »das Erforschte in Publikationen verfügbar zu machen« (ebd.), und die Politik würde die Interessenlage und Zustimmung der Bevölkerung evidenzbasierter Forschung vorziehen (vgl. ebd.; auch Klimmt und Sowka 2013, S. 318). Sie spricht sich daher für institutionalisierte Gremien wie die UKZu aus, in der sich Politik und Wissenschaft austauschen könnten.⁷

Der in seinem Buch beschriebene jahrzehntelange Ritt durch die wissenschaftlichen und politischen Institutionen brachte Bade das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ein – allerdings just in dem Moment, als er anlässlich seiner Emeritierung im Rahmen seiner Abschiedsvorlesung 2007 der Politik die »Levitin lesen« wollte (Bade 2017, S. 72). Die Gleichzeitigkeit dieser Ereignisse (›Levitin lesen‹ und Verleihung des Bundesverdienstkreuzes) könnte sich als politische Einhegung von Kritik verstehen lassen. Die Nähe zur Politik erschwert ihre Kontrolle. Und jede Einhegung – auch beispielsweise in Form von Beiräten – erschwert Unabhängigkeit. Bade selbst legitimiert seine über die Jahre zunehmende direkte Beteiligung an regierungsnahen Beratungstätigkeiten mit dem migrations- und integrationspolitischen Politikwandel, der mit der rot-grünen Bundesregierung eingeleitet worden sei (vgl. Bade 2017, S. 86).

⁷ Allerdings unterlag die UKZu wohl zu sehr den »Steuerungsabsichten der Regierung« (Schneider 2020, S. 364). Wenn auch nicht kurzfristig, so hätten die Empfehlungen der Kommission doch mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Migrationspolitik gehabt (vgl. ebd., S. 371).

Nach der Lektüre von Bades Ausführungen, in denen noch die diskursiven Rückschläge des antimuslimischen Rassismus im Kontext der Sarrazin-Debatte 2010/2011 und die Erfolge rassistischer Bewegungen und Politik im Kontext der asylpolitischen Krise 2015/2016 thematisiert werden, bleibt man ob des Erfolgs kritischer Politikbegleitung und Politikberatung doch einigermaßen hin- und hergerissen. Für die Frage nach der Wirksamkeit von Politikberatung sei daher noch auf einige erhellende Ausführungen zur Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik von Ortwin Renn (2017) verwiesen.

Renn nämlich thematisiert die Begrenztheit wissenschaftlicher Expertise, deren heterogene Erkenntnisse über identische Sachverhalte kaum gleichlautende Beurteilungen durch Expert*innengremien zuließe. Und selbst wenn dies gelänge und gemeinsame Handlungsoptionen empfohlen würden, »ist damit keineswegs eine Umsetzung in praktische Politik garantiert« (ebd., S. 193). Vielmehr klagten wissenschaftliche Politikberater*innen »einhellig über die mangelnde Relevanz ihrer Beratungsergebnisse für die praktische Politik« (ebd.). In Kenntnis dieses Bruchs zwischen der Arbeit der wissenschaftlichen Politikberatung und der Umsetzung der Empfehlungen werden die wissenschaftlichen Akteure wiederum indirekt aufgefordert, neben ihren Empfehlungen auch strategische Wissenschaftskommunikation zu betreiben, um die Wirksamkeit ihrer Expertise zu forcieren. Beruhend auf seinen eigenen Erfahrungen⁸ in politischen Beratungsgremien nennt Renn als wichtigsten Faktor für die Wirksamkeit von Politikberatung »persönliche[] Begegnungen zwischen Berater und Beratenden« (ebd.). Dies korrespondiert mit der Erkenntnis, dass die direkte soziale Interaktion ausschlaggebend für die Überzeugung bzw. die Veränderung von Meinungen ist (Vogel und Wänke 2016, S. 175).

4 Gerald Knaus: Politikberatung durch einen Think Tank

Noch am 23. Juni 2016 hieß es in der *Zeit*, Gerald Knaus sei »kein Name, der regelmäßig in den Zeitungen steht« (Lau 2016). Nun eben das hat sich im weiteren Verlauf desselben Jahres ins Gegenteil verkehrt. Gerald Knaus,

⁸ Es ist doch erstaunlich, dass Überlegungen zum Verhältnis von Migrationsforschung und Politik häufig erfahrungsbasiert und nicht empirisch-analytisch sind. Neben Treibel (2018), Bade (2017), Patzelt (2018) und Renn (2017) schreibt beispielsweise auch Klaus F. Zimmermann (2019) über seine Erfahrungen in der Politikberatung: Der Wirtschaftswissenschaftler beklagt die Diskrepanz zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem gesellschaftlichen Verständnis von Migration. Er suggeriert wissenschaftliches Wissen als unumstößliche Fakten und vertritt eine neoliberale Perspektive, die den positiven Blick auf Migration auf ihre ökonomische Verwertbarkeit reduziert (vgl. Zimmermann 2019).

Leiter des Think Tanks ›European Stability Initiative‹ (ESI), ist seit der Berichterstattung über die ›EU-Türkei-Erklärung‹ vom 18. März 2016 in Öffentlichkeit und Wissenschaft zunehmend bekannt »als einer der Architekten des Deals« (Tagesschau 2020; vgl. auch Hänsel 2019, S. 5; Lau 2016, S. 11). Knaus gab zahlreiche Interviews in deutschen und internationalen Medien (vgl. z.B. Hein 2019; Jung 2018; Lau 2016).

Angesichts der Tatsache, dass die Idee der EU-Türkei-Erklärung auf einem Vorschlag von Knaus basiert, scheint es zunächst naheliegend, hier von wirksamer Politikberatung zu sprechen. Die Frage, wie Knaus eine solche weitreichende Wirksamkeit erreichte, versuchte der Politikwissenschaftler Rudolf Speth in einem Video-Interview von ZeitOnline (2016) zu erklären: »Das sind keine wissenschaftlichen Papiere, sondern das sind politik-praktische Papiere. Also ich würde andersrum fragen, warum ist so ein Papier so erfolgreich? Und meine Antwort ist, dass es nichts Konkurrerendes auf dem Markt gibt« (ebd., 00:01:06). Tatsächlich enthält der Großteil der Policy Paper der ESI nahezu keine wissenschaftlichen Referenzen und sie geben keinen Aufschluss über migrationstheoretische, politische oder methodologische Perspektiven und Herleitungen ihrer Aussagen. So ist nicht nachvollziehbar, welche Annahmen und Vorstellungen den Texten zugrunde liegen. Bei einem Großteil der angegebenen Literatur handelt es sich um Medienbeiträge sowie Informationen und Berichte von Institutionen und Organisationen wie dem UNHCR und der Europäischen Kommission. Dennoch wird Knaus von Medien offenbar als Migrationsforscher wahrgenommen (vgl. z.B. Martens 2020; ZeitOnline 2018) und geriert sich auch selbst als solcher (vgl. Jung 2018, 0:03:20-0:04:26).⁹ Unter dem Titel ›Paris Paper. Enlargement and Impact. Twelve Ideas for 2015. Dummy Report‹ (ESI 2015a) macht die ESI deutlich, warum sie einschlägige wissenschaftliche Expertisen für nicht wirkmächtig hält. Diese würden hauptsächlich als bloße Ratschläge daherkommen, keine konkreten Vorschläge liefern und seien daher für die Politik nicht nützlich:

»On talk-shows around Europe, experts repeat the non-proposals: address the ›root causes‹ of the crisis, ›solve the situation in Syria, Libya and the Middle East‹, host another international conference. There are dozens of speeches in which leaders agree that the EU *has to secure* its external borders; that the border *must be sealed*; that thorough border controls *have to be implemented*; that *infrastructure needs to be strengthened*. Nobody offers any concrete ideas for this is to be done.« (ebd., S. 1, Herv. i.O.)

⁹ ›Migrationsforscher*in‹ ist keine geschützte Berufsbezeichnung, ebenso wenig ›Soziolog*in‹ oder ›Politikwissenschaftler*in‹, wie Knaus von Medien teilweise auch bezeichnet wurde. Gleichwohl folgen die Publikationen von Knaus offensichtlich keinem wissenschaftlichen Anspruch. Für den vorliegenden Beitrag ist aber die öffentliche Wahrnehmung von Knaus als Migrationsforscher Grund genug, ihn als Beispiel heranzuziehen und seine Techniken der Politikberatung als Vergleichsfolie und Lernmaterial zu verwenden.

Die Adressat*innen der Politikberatung werden als »busy people« (ebd., S. 3) beschrieben, die mit einer Flut an Informationen konfrontiert würden. Demnach gehe es um die Gewinnung von Aufmerksamkeit: »Many people, issues, crises fight for attention. To be noticed any report has to be well written and clearly signposted, draw readers in and keep them hooked.« (ebd.)

Im konkreten Fall der EU-Türkei-Erklärung gelang es Knaus zunächst mit einem Papier vom 17. September 2015, auf seine Idee aufmerksam zu machen.¹⁰ Unter dem humanitär anmutenden Titel ›Why people don't need to drown in the Aegean. A policy proposal« (ESI 2015b) affirmiert er die gängige Rede in der EU-Politik von der Notwendigkeit der Gleichzeitigkeit von »control of the EU's external border« und einer »humanitarian« Agenda (ESI 2015b, S. 2). Die Kernidee ist das Resettlement von Flüchtlingen aus der Türkei nach Deutschland und die Abschiebung aller Asylsuchenden, die in Griechenland ankommen, in die Türkei (vgl. ebd., S. 8f.). Er überarbeitete das Konzept und veröffentlichte nur zwei Wochen später, am 4. Oktober 2015, den Text ›THE MERKEL PLAN. Restoring control; retaining compassion. A proposal for the Syrian refugee crisis« (ESI 2015c). Lau (2016, S. 12) nennt die Benennung des Textes »kühn«, denn »er [hat] Merkel nie getroffen«. Aber: »Knaus' Trick funktioniert. In der EU-Kommission wird der Plan diskutiert« (ebd.). Der Text bringt politische Maschinerien ins Rollen:

»Am Ende findet der Text seinen Weg ins Kanzleramt. Dabei spielen persönliche Bekanntschaften zwischen Ministeriumsmitarbeitern eine Rolle, Parteifreundschaften, Kontakte zu Beratern aus dem Umfeld der Kanzlerin.« (ebd.)

Anhand des ESI-Papiers ›The Merkel Plan« (2015c) lassen sich einige Vermutungen anstellen, warum das Papier politisches Interesse geweckt hat bzw. wirksam war. Zunächst einige formale Gesichtspunkte: Das Papier wird mit »Proposal« überschrieben. Das ist nicht aufdringlich, klingt aber doch nach einem konkreten Angebot. Als Urheber des Dokuments wird kein*e Autor*in angegeben, sondern die ESI. Dadurch wird der Eindruck erweckt, dass man es mit der geballten Expertise eines Think Tanks zu tun hat. Weit mehr scheinen inhaltliche Gesichtspunkte ausschlaggebend für den ›Erfolg« des Papiers. Der Titel lässt bereits erahnen, dass der Text eine inhaltliche Nähe zu Merkel und der CDU aufweist. Knaus verwendet die Sprache und gängigen Narrative dominanter öffentlicher Migrationsdiskurse. Geflüchtete werden als »burden« (ebd., S. 3) bezeichnet, der durch einen Verteilmechanismus für die einzelnen Mitgliedstaaten möglichst klein gehalten werden soll. Kon-

¹⁰ Obwohl die ESI-Papiere nicht mit Autor*innen-Namen versehen sind, macht die Zeit-Recherche von Miriam Lau (2016) deutlich, dass bei den ESI-Papieren im Kontext der EU-Türkei-Erklärung Gerald Knaus zumindest federführend, wenn nicht gar alleiniger Autor ist.

zepte wie die Konstruktion von »sicheren Drittstaaten« (besonders abwegig im Falle der Türkei, vgl. Hänsel 2019) werden nicht in Frage gestellt, sondern affirmativ aufgegriffen (vgl. ESI 2015c, S. 3). Knaus schreibt von einer »flood of asylum claimants« (ebd., S. 5) und bedient sich damit einer gängigen Bedrohungsrhetorik. Die Verantwortung der EU wird verschleiert: »Meanwhile, despite global horror at images of drowned children, the Aegean Sea claims yet more lives.« (ebd., S. 1) Es ist natürlich nicht die Ägäis, die Leben fordert, sondern das europäische Asylregime. Doch die EU als Adressatin soll nicht vergrämt werden. Den Rechten und Konservativen soll begegnet werden, indem man ihre Forderungen nach Kontrolle der Außengrenzen erfüllt (vgl. ebd., S. 2). Ihre Rede vom Kontrollverlust wird antizipiert: »There is an urgent need for solutions that can restore control without giving up on compassion.« (ebd., vgl. auch S. 7) Das klingt auch sehr nach dem Kredo der Unionsparteien »Humanität und Härte« (CDU 2019, S. 1), mit dem sie Verschärfungen in der Migrationspolitik einzukleiden versuchen. Es werden keine fundamentalen Veränderungen angemahnt, die beispielsweise die in der Einleitung genannten Probleme einbeziehen würden. Die dadurch gewonnene Komplexitätsreduktion, die einhergeht mit der Reproduktion dominanter politischer Diskurse, macht das Papier für die Adressaten attraktiv.

Doch wie wirksam die EU-Türkei-Erklärung tatsächlich war, ist umstritten. Das Asylregime ist komplexer als die 14 Seiten des »Merkel Plan« (ESI 2015c) oder als die zwei Seiten der EU-Türkei-Erklärung vom 18. März 2016 (Council of the EU 2016). Die Migrationsforscherin Valeria Hänsel (2019) konstatiert drei Jahre nach Beginn der EU-Türkei-Erklärung, dass »fast keiner der in der Erklärung vorgesehenen Punkte erfüllt« wurde (ebd., S. 6), dass gleichwohl das zentrale Anliegen des Deals funktioniert hat, nämlich die »deutliche[] Reduzierung der MigrantInnen« (ebd.), die nach Griechenland gelangen.

5 Fazit

Im Gegensatz zu klassischer Wissenschaftskommunikation fokussiert wissenschaftliche Politikberatung nicht die allgemeine Öffentlichkeit, sondern politische Akteur*innen. Ihr Ziel ist es, politische Entscheidungsprozesse auf eine evidenzbasierte Grundlage zu stellen und damit im Sinne wissenschaftlicher Erkenntnisse zu beeinflussen. Doch gleichzeitig überschneiden sich klassische Wissenschaftskommunikation und wissenschaftliche Politikberatung in mindestens drei Annahmen: (1) Wissenschaftliches Wissen ist auch in nicht-wissenschaftlichen Bereichen von Nutzen. Es begünstigt die öffentliche bzw. politische Aushandlung über gesellschaftsrelevante Themen. (2) Für erfolgreiche Kommunikation sind Übersetzungsleistungen notwendig. Dies-

bezüglich wird in der Regel auf eine Vereinfachung der Sprache abgestellt. (3) Erfolgreiche Kommunikation erhöht in der Regel die wissenschaftliche, politische und mediale Reputation des Kommunikators bzw. der Kommunikatorin, was sich wiederum günstig auf seine bzw. ihre Wissenschaftskommunikation auswirkt.

Kritische Politikbegleitung befindet sich an der Schnittstelle zwischen klassischer Wissenschaftskommunikation und Politikberatung. Sie zielt zwar auf eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen – jedoch vor allem vermittelt über Mediendiskurse bzw. über eine informierte Öffentlichkeit, die die Politik wiederum unter Druck setzt, bestimmte Entscheidungen zu treffen.

Formen der Wissenschaftskommunikation und ihre Wirkungen sind höchst unterschiedlich. Anhand der Beispiele von Bade, Treibel und Knaus können vier Formen beobachtet werden: (1) Wissenschaftskommunikation kann die Teilnahme an einem öffentlich-medialen Diskurs durch Gespräche und Interviews mit Journalist*innen bedeuten. Die Wirkung entspricht den Logiken der Medienproduktion: Einmalige Einmischungen können in der Informationsflut verpuffen oder durch Methoden der Aufmerksamkeitsproduktion Folgediskurse nach sich ziehen. Der Aufwand scheint für einzelne Wissenschaftler*innen enorm hoch, der Ertrag gering zu sein (vgl. Treibel 2018, S. 120) und bislang scheint auch die Bereitschaft dazu seitens der Migrationsforscher*innen eher überschaubar (vgl. Klimmt und Sowka 2013, S. 315). (2) Für Wissenschaftskommunikation in Form kritischer Politikbegleitung, wie sie teilweise Bade betrieben hat, scheint eine Organisationsstruktur nützlich, um die Kritik zu konzertieren und eine Wirkung wahrscheinlicher zu machen (vgl. ebd., S. 323). Da ebenfalls vermittelt über Medien kommuniziert wird, ist die Wirkung auch hier ungewiss. (3) Wissenschaftskommunikation in Form von Politikberatung, wie sie Bade und Knaus betreiben, kann unterschieden werden in öffentliche Politikberatung und nicht-öffentliche Politikberatung. Jedoch scheint sich beides zu ergänzen oder gar zu bedingen. Knaus agiert einerseits öffentlich, indem er seine Policy Paper veröffentlicht, Vorträge hält und zahlreiche Interviews gibt, gleichzeitig wirkt er über Kontakte in die Kreise jener hinein, die er zu überzeugen versucht. Gleiches gilt für Bade, der Kontakte zu höchsten Polit-Kreisen pflegt. (4) Zudem kommt die Möglichkeit der politischen Institutionalisierung von Politikberatung hinzu. Das können kurzzeitig einberufene Kommissionen wie die ›Unabhängige Kommission Zuwanderung‹ (UKZu) sein oder auch langfristig angelegte Beratungsgremien.¹¹

Die diskutierten Beispiele haben gezeigt, dass Netzwerke ausschlaggebend in der Wissenschaftskommunikation sein können – einerseits um in der

¹¹ Vgl. dazu ausführlich Schneider (2010).

klassischen Wissenschaftskommunikation durch Kontakte zu Journalist*innen einen Zugang zum Mediendiskurs zu erhalten und andererseits um im Feld der Politikberatung die Reichweite zu erhöhen. Dabei kristallisiert sich ein neuralgischer Punkt heraus: Die Nähe zu Journalist*innen, insbesondere aber zu Politiker*innen oder politischen Institutionen könnte eine wissenschaftlich gebotene kritische Distanz gefährden. Die Analogie zur militärischen Taktik des ›embedded journalism‹ drängt sich auf, die darauf abzielt, durch die Einhegung und den Schutz von Journalist*innen im Kriegsgebiet eine dem eigenen Kriegshandeln gegenüber wohlgesonnene Berichterstattung zu erreichen. Dieser Frage müsste weiter nachgegangen werden: Wie viel Nähe zu politischen Akteur*innen ist legitim? Ab welchem Punkt gefährdet sie die wissenschaftliche Unabhängigkeit?

Die Dauer von Knaus' Idee bis zur politischen Umsetzung ist beachtlich kurz. Was Treibel und Bade angestrebt haben, waren Paradigmenwechsel, sie wollten ihre Adressat*innen von gegen-hegemonialen Ideen überzeugen. Zumindest Bade hat den politischen Paradigmenwechsel hin zum ›Einwanderungsland Deutschland‹ nicht alleine und nur über Jahrzehnte hinweg, aber doch maßgeblich erwirkt. Die Beispiele haben gezeigt, dass Wissenschaftskommunikation dann kurzfristig wirksam ist, wenn sie die Narrative und Ideologien jener Akteur*innen antizipiert, die sie zu bestimmten Handlungen motivieren will. Dies überrascht nicht, verweist aber auf eine Konsequenz, derer sich gerade die kritische Migrationsforschung bewusst sein sollte: Ihre Wissenschaftskommunikation stört dominante Diskurse und wird daher kurzfristig viel eher zu Widerständen führen als zu Meinungsverschiebungen. Muss die Strategie also heißen ›steter Tropfen höhlt den Stein‹?

Für alle Formen der Wissenschaftskommunikation gilt: Die Wissenschaftler*innen begeben sich in die Öffentlichkeit und machen sich dadurch angreifbar. Um sich in der Öffentlichkeit behaupten zu können, sind ein gewisses Maß an Reputation und kommunikativen Fähigkeiten nötig. In Zeiten digitaler Medien scheint mehr denn je eine latente Gefahr massiver, auch persönlicher Anfeindungen gegeben. Fatal wäre aber ein daraus abgeleiteter Rückzug in den ›Elfenbeinturm‹.

Dieser Beitrag ist keine empirische Untersuchung, sondern er wirft Schlaglichter auf die Frage, wie sich Migrationsforscher*innen in Migrationspolitik einmischen und einmischen können. Während es unzählige Literatur zur Wissenschaftskommunikation gibt, ist eine dezidiert migrationswissenschaftliche Perspektive auf Wissenschaftskommunikation äußerst rar. Hier tut sich ein Forschungsdesiderat auf, das meines Erachtens aus mindestens zwei Gründen unbedingt bearbeitet werden müsste. Zum einen sei hier – abgeleitet aus dem Wissenschaftssystem – erneut an Bourdieus Mahnung erinnert, wonach Wissenschaftler*innen eine Verpflichtung haben, der Ge-

sellschaft, von der sie bezahlt werden, das zurückzugeben, was sie schaffen – also Wissen. Zum anderen – aus dem Migrationsdiskurs abgeleitet – erleben wir tagtäglich einen medialen und politischen Diskurs, der dem migrationswissenschaftlichen Diskurs um Jahre, wenn nicht um Jahrzehnte hinterherhinkt. Im europäischen Kontext ist die Diskussion um das Verhältnis von Migrationsforschung und Politik weiter fortgeschritten; gleichwohl ist die Problembeschreibung weitgehend identisch:

»In many areas of policy—ranging from asylum and refugee policy, through to immigration control and enforcement, and immigrant integration—policies often appear to be based on somewhat simplistic, or even populist, assumptions about migration dynamics. Public political debates on immigration tend to be even less informed by expert knowledge or research, with an apparently widening gap between evidence about the dynamics and impacts of immigration, and media and political claims.« (Boswell 2019, S. 21)

Und wer, wenn nicht wir Migrationsforscher*innen, kann unsere eigenen Erkenntnisse in die Öffentlichkeit transportieren? Dabei wird es zwangsläufig zu Konflikten kommen, die aus unterschiedlichen Erkenntnisinteressen ebenso folgen wie aus unterschiedlichen politischen Interessen.

Literatur

- Bade, Klaus J., Hrsg. 1994. *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*. München: C.H. Beck.
- Bade, Klaus J. 2002. *Migration – Migrationsforschung – Migrationspolitik. Bericht für das Goethe-Institut München*. <http://kjbade.de/bilder/goethe.pdf>. Zugriff: 13.10.2020.
- Bade, Klaus J. 2017. *Migration – Flucht – Integration. Kritische Politikbegleitung von der ›Gastarbeiterfrage‹ bis zur ›Flüchtlingskrise‹. Erinnerungen und Beiträge*. https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/Bade_Migration.pdf. Zugriff: 13.10.2020.
- Bendel, Petra, und Marianne Haase. 2010. Klimawandel, Sicherheit und Migration in Wissenschaft und Politik. Gutachten im Zwielicht. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik* 59 (3): 325–336.
- BMBF. 2019. *Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation*. https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Grundsatzpapier_zur_Wissenschaftskommunikation.pdf. Zugriff: 13.10.2020.
- Boswell, Christina. 2019. Research, ›Experts‹, and the Politics of Migration. In *Bridging the Gaps. Linking Research to Public Debates and Policy-making on Migration and Integration*, Hrsg. Martin Ruhs, Kristof Tamas und Joakim Palme, 21–33. Oxford: Oxford University Press.
- Bourdieu, Pierre. 1998. *Über das Fernsehen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- CDU. 2019. *Werkstattgespräch Migration, Sicherheit und Integration*. https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/werkstattgesprach-ergebnisse.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=17913. Zugriff: 13.10.2020.

- Council of the EU. 2016. *Erklärung EU-Türkei*, 18. März 2016. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/pdf>. Zugriff: 13.10.2020.
- ESI. 2015a. *Paris Paper. Enlargement and Impact. Twelve Ideas for 2015. Dummy Report*. <http://www.esiweb.org/sites/default/files/reports/pdf/PARIS%20paper%20-%202012%20steps%20-%20January%202015.pdf>. Zugriff: 13.10.2020.
- ESI. 2015b. *Draft. Why People don't Need to Drown in the Aegean. A Policy Proposal*. <https://www.esiweb.org/sites/default/files/reports/pdf/ESI%20-%20Why%20people%20drown%20in%20the%20Aegean%20-%202017%20September%202015.pdf>. Zugriff: 13.10.2020.
- ESI. 2015c. *The Merkel Plan. Restoring Control; Retaining Compassion. A Proposal for the Syrian Refugee Crisis*. <http://www.esiweb.org/sites/default/files/reports/pdf/ESI%20-%20The%20Merkel%20Plan%20-%20Compassion%20and%20Control%20-%202015%20October%202015.pdf>. Zugriff 13.10.2020.
- Goebel, Simon. 2018. Dozieren, intervenieren, kapitulieren? Wissenschaftler_innen in politischen Talkshows über Flucht und Asyl. In *Flucht/Migration und gesellschaftliche Transformationsprozesse*, Hrsg. Simon Goebel, Thomas Fischer, Friedrich Kießling und Angela Treiber, 191–216. Wiesbaden: Springer VS.
- Hall, Stuart. 2016 [1994]. *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg: Argument Verlag.
- Hein, Franziska. 2019. *Interview: Politikberater Knaus: Den tödlichen Magneteffekt Europas reduzieren*. <https://www.migazin.de/2019/08/06/politikberater-knaus-den-magneteffekt-europas/>. Zugriff: 23.4.2020.
- Jakob, Christian, und Simone Schlindwein. 2017. *Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Jung, Tilo. 2018. Gerald Knaus, Erfinder des »Flüchtlingsdeals« der EU & Türkei – *Jung & Naiv*: Folge 359. <https://www.youtube.com/watch?v=11Niv8Ez-78>. Zugriff: 13.10.2020.
- Hänsel, Valeria. 2019. *Gefangene des Deals. Die Erosion des europäischen Asylsystems auf der griechischen Hotspot-Insel Lesbos*. Bordermonitoring.eu e.V.: München.
- Herrmann-Giovanelli, Iris. 2013. *Wissenschaftskommunikation aus der Sicht von Forschenden. Eine qualitative Befragung in den Natur- und Sozialwissenschaften*. Konstanz: UVK.
- Klepp, Silja. 2011. *Europa zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingsschutz. Eine Ethnographie der Seegrenze auf dem Mittelmeer*. Bielefeld: transcript.
- Klimmt, Christoph, und Alexandra Sowka. 2013. Viel Wissen – keine Stimme? Die Resonanz der Migrationsforschung in der Integrationsdebatte. In *Dabeisein und Dazugehören. Integration in Deutschland*, Hrsg. Heinz Ulrich Brinkmann und Haci-Halil Uslucan, 307–325. Wiesbaden: Springer VS.
- Lau, Miriam. 2016. Dieser Mann hat für Angela Merkel den Flüchtlingsdeal erfunden. Nun will er die Katastrophe verhindern. *Die Zeit*, Nr. 27, 23.6.2016, S. 11–13.
- Leimgruber, Walter. 2016. Die Tücken der Entgrenzung. Migration und Migrationsforschung vor neuen Herausforderungen. In *Grenzen aus kulturwissenschaftlichen Perspektiven*, Hrsg. Jacques Picard, Silvy Chakkalal und Silke Andris, 269–296. Berlin: Panama Verlag.
- Martens, Michael. 2020. *Migrationsforscher Knaus: »Die Türkei braucht mehr Geld«*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/migrationsforscher-knaus-die-tuerkei-braucht-mehr-geld-16660234.html>. Zugriff: 13.10.2020.

- Mecheril, Paul, Oscar Thomas-Olalde, Claus Melter, Susanne Arens und Elisabeth Romaner. 2013. Migrationsforschung als Kritik? Erkundung eines epistemischen Anliegens in 57 Schritten. In *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive*, Hrsg. Paul Mecheril, Oscar Thomas-Olalde, Claus Melter, Susanne Arens und Elisabeth Romaner, 7–55. Wiesbaden: Springer VS.
- Patzelt, Werner J. 2018. Politikwissenschaftliche Wissenschaftskommunikation. In *Wissenschaftskommunikation. Die Rolle der Disziplinen*, Hrsg. Lutz Hagen, Corinna Lüthje, Farina Ohser und Claudia Seifert, 15–22. Baden-Baden: Nomos.
- Renn, Ortwin. 2017. Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik. In *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*, Hrsg. Heinz Bonfadelli, Birte Fähnrich, Corinna Lüthje, Jutta Milde, Markus Rhomberg und Mike S. Schäfer, 183–205. Wiesbaden: Springer VS.
- Rüzgar, Arif, und Christian Schaft. 2014. Die Ökonomie der Migrationsdebatte: Wertungslogik als wirtschaftspolitische Grundlage und die Diskurslinien in der ›deutschen‹ Auseinandersetzung mit Migration. In *Migration, Asyl und (Post-)Migrantische Lebenswelten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken*, Hrsg. Miriam Aced, Tamer Düzyol, Arif Rüzgar und Christian Schaft, 67–81. Berlin: Lit Verlag.
- Schneider, Jan. 2010. *Modernes Regieren und Konsens. Kommissionen und Beratungsregime in der deutschen Migrationspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Süssmuth, Rita. 2011. Migrationsforschung und Politik: Gemeinsame Verantwortung. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, DIW Berlin, 80 (1), https://elibrary.dunckerhumblot.com/r/?item_type=journal_article&item_id=6200&mode=download. Zugriff: 13.10.2020.
- Tagesschau. 2020. *Ringens um Flüchtlingsabkommen: »Der Beginn eines neuen Pokers«*. <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-tuerkei-fluechtlinge-111.html>. Zugriff: 13.10.2020.
- taz. 2020. *Geflüchtete an EU-Außengrenze: »Vernummte schlagen auf Leute ein«*. <https://taz.de/Gefluechtete-an-EU-Aussengrenze/!5666518/>. Zugriff: 13.10.2020.
- Treibel, Annette. 2015. *Integriert euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Treibel, Annette. 2018. Expertin, Materiallieferantin, Projektionsfläche. Erfahrungen als Öffentliche Soziologin in den Medien. In *Öffentliche Gesellschaftswissenschaften. Grundlagen, Anwendungsfelder und neue Perspektiven*, Hrsg. Stefan Selke und Annette Treibel, 119–144. Wiesbaden: Springer VS.
- Vogel, Tobias, und Michaela Wänke. 2016. *Attitudes and Attitude Change*, 2. Aufl. London: Routledge.
- ZeitOnline. 2016. *Dieser Mann hat für Angela Merkel den Flüchtlingsdeal erfunden. Nun will er die Katastrophe verhindern*. <https://www.zeit.de/2016/27/gerald-knaus-fluechtlinge-eu-tuerkei-abkommen>. Zugriff: 13.10.2020.
- ZeitOnline. 2018. *Flüchtlinge: Migrationsforscher für Asylzentrum in Spanien*. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-07/gerald-knaus-spanien-fluechtlinge-aufnahmezentren-eu-mittelmeer>. Zugriff: 13.10.2020.
- Zimmermann, Klaus F. 2019. Gaps and Challenges of Migration Policy Advice. The German Experience. In *Bridging the Gaps. Linking Research to Public Debates and Policy-making on Migration and Integration*, Hrsg. Martin Ruhs, Kristof Tamas und Joakim Palme, 111–126. Oxford: Oxford University Press.